

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Uwe Jens MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des deutschen Bundestages, warnt vor einer Fortsetzung der Hochzinspolitik. Seite 1/2

Günter Biermann MdB, würdigt die Leistungen der Ersatzdienstleistenden in den vergangenen 20 Jahren. Seite 3/4

Inge Wettig-Danielmeier MdL, Mitglied des Kultusausschusses des Niedersächsischen Landtages, ist gegen die Wiederbelebung veralteter Konzeptionen in der Bildungspolitik. Seite 5

Volker Neumann MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Flüchtlingsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, ruft zur Hilfe für afghanische Flüchtlinge auf. Seite 6

SPD-Sprecher Wolfgang Clement untersucht das Verfassungsverständnis des FAZ-Kolumnisten Dolf Sternberger. Seite 7

Hans Büchler MdB, Obmann für innerdeutsche Beziehungen, nennt Lorenz' Vorschläge unrealistisch. Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 136

22. Juli 1981

Notfalls im Alleingang

Helmut Schmidt hat in Ottawa die deutschen und europäischen Interessen mit Nachdruck vertreten

Von Dr. Uwe Jens MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Wirtschaftsausschuß
des Deutschen Bundestages

Die Interessengegensätze der sieben Industrienationen sind bisher auf keinem Weltwirtschaftsgipfel so kräftig aufeinandergeprallt wie in Ottawa. Das lag nicht nur an der veränderten Situation der Weltwirtschaft. Im Mittelpunkt der Chef-Gespräche standen offenbar die nationalen Probleme und nicht die ebenso dringenden weltwirtschaftlichen Fragen wie Entwicklungshilfe und Protektionismus.

Bundeskanzler Helmut Schmidt ist ausdrücklich zu danken, daß er mit Nachdruck gegenüber dem amerikanischen Präsidenten die deutschen und europäischen Interessen bei der aktuellen wirtschaftlichen Lage zum Ausdruck gebracht hat. Daß es zu einer Einigung oder einem Nachgeben der Amerikaner in der Hochzinspolitik kommt, war eigentlich nicht zu erwarten. Immerhin sind dem Präsidenten der USA die Gefahren dieser verhängnisvollen Politik für die europäischen Länder verstärkt vor Augen geführt worden. Selbst die englische Regierungschefin, die eher ideologisch auf der amerikanischen Linie liegt, konnte sich angesichts der 2,8 Millionen Arbeitslosen in Großbritannien dieser Kritik nicht entziehen. Aber auch bei uns wird die Arbeitslosigkeit steigen, wenn es nicht bald zu einem besseren Investitionsklima mit



niedrigeren Zinsen kommt. Ganz zu schweigen von den finanziellen Sorgen der großen Zahl von Arbeitnehmern mit gleitenden Zinsverträgen, die sich ihr Häuschen gebaut haben oder bauen wollen. Notverkäufe sind hier bereits an der Tagesordnung.

Bleiben die Amerikaner bei ihrer egoistischen Hochzinspolitik, wäre es am besten, wenn die Europäer zu einem koordinierten Vorgehen kämen. Selbst für einen Alleingang der Deutschen Bundesbank zur Senkung des Diskont- und Lombardsatzes sprechen heute viele gute Argumente. Etliche wissenschaftliche Untersuchungen beweisen, daß die Gefahren, die bei einer Lockerung der nationalen Geldpolitik aufkommen können, geringer sind als bei ihrer Fortsetzung.

Als peinlich muß der Versuch der Amerikaner gewertet werden, die Bundesrepublik vom Röhren-Gasgeschäft mit der UdSSR abzuhalten. Die sorgfältige Prüfung der deutschen Beteiligten hat ergeben, daß von einer erhöhten Abhängigkeit der Energieversorgung von der UdSSR durch das Gasgeschäft nicht die Rede sein kann. Der sowjetische Anteil am deutschen Primärenergieeinsatz steigt dadurch lediglich von drei auf 5,5 Prozent, was völlig unproblematisch ist. Mit der Forderung nach einer Überarbeitung der sogenannten Cocom-Liste laufen die Amerikaner offene Türen ein. Die Vorschläge, die bisher von drüben dazu herüberklangen, liefen jedoch darauf hinaus, vor allem den deutschen Osthandel zu erschweren und nicht etwa amerikanische Weizenlieferungen in die UdSSR.

Die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ostblock sollten nicht eingeschränkt, sondern müssen - sofern es geht - kräftig ausgeweitet werden. Handel steigert bekanntlich nicht nur den Wohlstand eines Landes; er verbessert auch das friedliche Zusammenleben der Völker. Vor dem Aufbau eines düsteren Feindbildes im Osten, das die regierenden Amerikaner restaurieren wollen, sollten die Europäer sich hüten.

(-/22.7.1981/ks/hgs)

+ + +



20 Jahre Zivildienst - Sozialer Dienst

Die Ersatzdienstleistenden sind zu einer wertvollen Hilfe geworden

Von Günter Biermann MdB

"Im Zivildienst erfüllen anerkannte Kriegsdienstverweigerer Aufgaben, die dem Allgemeinwohl dienen, vorrangig im sozialen Bereich." - So lautet § 1 des Zivildienstgesetzes. Eine Selbstverständlichkeit also, daß Zivildienst sozialer Dienst ist? Nein, das ist es nicht.

Das Grundgesetz überläßt es dem Gesetzgeber, den Dienst, den Kriegsdienstverweigerer für die Gemeinschaft zu leisten haben, im einzelnen festzulegen. Und der Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst, das die damalige Bundesregierung im Jahre 1957 dem 3. Deutschen Bundestag vorlegte, ging auch prompt von anderen Prioritäten für den Dienst der Kriegsdienstverweigerer aus.

§ 3 dieses Gesetzentwurfs sah vielmehr folgendes vor: "Durch den zivilen Ersatzdienst werden Aufgaben durchgeführt, die dem Allgemeinwohl dienen; dazu gehören insbesondere Neulandgewinnung, Kultivierung von Ödland, Anlage von Einrichtungen für soziale und karitative Zwecke, ferner Dienst in der öffentlichen Krankenpflege und bei Verhütung und Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder Unglücksfälle hervorgerufen werden, sowie passiver ziviler Luftschutz."

Die damals oppositionelle Fraktion der SPD wollte diese Priorität der Einsatzfelder für die Kriegsdienstverweigerer nicht akzeptieren. Nicht daß uns die Aufgaben des Umweltschutzes oder des Katastrophenschutzes gleichgültig oder minderwertig wären. Aber es stand für uns zu befürchten, daß der Einsatz in diesen Bereichen ähnlich dem Arbeitsdienst früherer Jahre paramilitärisch organisiert worden wäre. Und das wollten wir nicht.

In dem Gesetz über den zivilen Ersatzdienst vom 13. Januar 1960 findet sich deshalb die Formulierung der Regierungsvorlage nicht wieder. Hier hieß es vielmehr: "Im zivilen Ersatzdienst werden Aufgaben durchgeführt, die dem Allgemeinwohl dienen; dazu gehört insbesondere der Dienst in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten. Soweit Beschäftigungsmöglichkeiten in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, wird der zivile Ersatzdienst bevorzugt herangezogen zur Anlage von Einrichtungen für soziale und mildtätige Zwecke, zur Verhütung und Beseitigung von Schäden, die durch Katastrophen oder Unglücksfälle hervorgerufen werden, sowie zusätzlichen, gemeinnützigen und volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten, die der Förderung der Wasserwirtschaft und Landschaftskultur dienen."

Damit war die Priorität eindeutig auf - bestimmte - soziale Aufgaben gelegt, die übrigen dem Gemeinwohl dienenden Aufgaben haben Nachrang.

Für die weitere Entwicklung war nach diesem gesetzgeberischen Akt von entscheidender Bedeutung, wie die Träger der sozialen Arbeit, hier insbesondere die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Möglichkeiten der Beschäftigung von Ersatzdienstleistenden, wie sie damals hießen, nutzen würden. Heute kann man sagen, die Wohlfahrtsverbände haben die Chancen, die ihnen durch die Prioritätenregelung erwachsen sind, genutzt. Sie haben ihre durchaus verständliche Skepsis gegen diese wenigen Außenseiter, die vielfach als Drückeberger in schlechtem Ansehen in der Bevölkerung standen, in ihre sozialen Dienste eingegliedert, ihre Arbeitskraft sinnvoll zum Wohle vieler Hilfsbedürftiger genutzt. Daß dieses Experiment gelang, lag allerdings auch an der positiven Einstellung, die vie-



le Dienstleistende zu ihrer Aufgabe fanden. So wurde es nicht notwendig, von der Möglichkeit des massierten Einsatzes von Dienstpflichtigen im unmittelbaren Bereich Gebrauch zu machen. Der Weg des Zivildienstes zum sozialen Dienst war beschriftet. Eine Umkehr von diesem Weg erscheint mir nicht mehr möglich.

Über 48.000 Zivildienstplätze sind derzeit beim Bundesamt für den Zivildienst registriert. Bis auf wenige hundert Plätze im Umweltschutz etc. sind alle im sozialen Bereich angesiedelt. In über 11.000 einzelnen Beschäftigungsstellen sind mehr als 30.000 Zivildienstleistende in so gut wie allen Bereichen der sozialen Arbeit als gern gesehene Helfer eingesetzt. Ob im Krankenhaus oder Altersheim, im Krankentransport oder Rettungswesen, bei der Kirchengemeinde, in der Sozialstation oder der Behindertenwerkstatt, überall tauchen die jungen, meist langmännigen und oft bärtigen Männer als Helfer für 16 Monate auf.

Einige soziale Dienste werden sogar erst dadurch möglich, daß Zivildienstleistende für diese Aufgaben zur Verfügung stehen. Ich denke dabei an die mobilen sozialen Hilfsdienste und an die individuelle Schwerstbehindertenbetreuung.

Beides sind ambulante Dienstleistungen, die in die häusliche Lebenssphäre der Hilfsbedürftigen hineingetragen werden. Mir scheint das vom Ansatz her eine sinnvolle Alternative zu unserem bisherigen Bestreben, die Hilfen in erster Linie in stationären Einrichtungen anzubieten, die der einzelne unter mehr oder minder großem Verlust seiner Eigenständigkeit aufsuchen muß. Warum muß ein alter Mensch, der nur noch unzureichend seinen Haushalt in Ordnung halten kann, unbedingt in ein Altersheim, wenn er keine Verwandten oder Nachbarn hat, die ihm helfen? Es ist nicht einzusehen, daß er bereits bei geringer Beeinträchtigung seiner Fähigkeiten seine Selbständigkeit aufgeben oder aber vereinsamen und in unwürdige Zustände abgleiten muß. Ebenso steht es mit - oft jungen - schwerbehinderten Mitbürgern. Ihnen ist vielfach ein eigenständiges Leben verwehrt, weil sie niemanden haben, der ihnen die persönlichen Hilfen bietet, ohne die sie außerhalb einer Pflegeeinrichtung oder eines Familienverbands nicht leben können.

Hier neue Wege zu erkunden, ist das dankenswerte Verdienst meines Freundes Hans Iven, der als Bundesbeauftragter für den Zivildienst versucht, die Träger sozialer Arbeit dazu zu bewegen, Hilfsangebote zu entwickeln und für die Hilfeleistung Zivildienstleistende einzusetzen. Ich weiß, wie schwierig das ist.

Es kann den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege nicht immer leichtfallen, Zivildienstleistende, die inzwischen in vielen Bereichen der sozialen Arbeit dringend benötigte und begehrte Mitarbeiter geworden sind, statt für "traditionelle" Aufgaben zu verwenden, nun in diesen mobilen sozialen Hilfsdiensten oder der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung einzusetzen. Es wird deshalb darauf ankommen, daß im ständigen Gespräch ein gesunder Interessenausgleich gefunden und dann praktiziert wird. Eine erste Beschränkung auf jeweils höchstens 2.000 Zivildienstleistende in diesen Bereichen erscheint mir eine vernünftige Kompromißlinie.

Eine andere Problematik erwächst sicher daraus, daß in diesen ambulanten sozialen Diensten der Zivildienstleistende bei seiner Arbeit sich nicht in seiner Beschäftigungsstelle befindet und dadurch nicht jederzeit auf das fachliche Können der hauptamtlich Tätigen zurückgreifen, sich Rat und Hilfe holen kann. Der staatlichen Zivildienstverwaltung und der Beschäftigungsstelle ist es daneben auch nur erschwert möglich, ihrer aus dem Zivildienstgesetz erwachsenden Pflichten zur Fürsorge und Überwachung des Zivildienstleistenden nachzukommen.

Es wundert mich deshalb nicht, daß auf dem Deutschen Fürsorgetag 1980 in Frankfurt dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst vorgehalten wurde, er habe nicht für eine ausreichende fachliche Anleitung, Betreuung und Überwachung der Zivildienstleistenden gesorgt. Und daß er nunmehr, nachdem er gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Richtlinien festgelegt hat, auf der Reha/81 von betroffenen Behinderten vorgehalten bekommt, er dränge sich mit seinem Anliegen in die privaten Bereiche der Betroffenen, die dafür wenig Verständnis hatten.

Diese Schwierigkeiten können nur in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit überwunden werden. Ich hoffe und wünsche, daß dies gelingt im Interesse sowohl der sozialen Arbeit als auch des Zivildienstes.

(-/22.7.1981/ks/hgs)

+ + +



Zwang zur Allgemeinbildung?**Bildungspolitische Verunsicherung gilt nicht**

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Mitglied des Kulturausschusses des niedersächsischen Landtages

Hat das Niveau der Abiturienten unter dem Ansturm der geburtenstarken Jahrgänge gelitten, oder wurde nicht vielmehr durch die Bildungsreform die Voraussetzung dafür geschaffen, daß auch in Zukunft nicht die Schüler für die Lehrpläne geschaffen sein müssen, sondern die Lehrpläne für die Schüler gemacht werden? Diese Frage drängt sich auf, wenn man die jüngsten Warnungen des Philologenverbandes und des Hochschulverbandes vor einem Niveauverlust bei den Abiturienten liest. Mit solchen Warnungen ist eine Verunsicherung in der Bildungspolitik beabsichtigt, die den Nährboden dafür abgeben soll, daß konservative Bildungsstrategen veraltete Konzeptionen von Bildungspolitik wiederbeleben können.

Es kann ja durchaus unbestritten bleiben, daß der Bildungserfolg in einzelnen Fächern den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt. Die beiden Verbände verweisen mit gutem Recht besonders auf den Fremdsprachenunterricht, über den allenthalben nachgedacht wird, denn die Unzufriedenheit mit den im öffentlichen Schulwesen vermittelten Fremdsprachenkenntnissen ist weit verbreitet, ohne daß Alternativen zu erkennen oder auch nur Verbesserungen in Sicht wären. Die hier zu verzeichnenden Mängel sind nach allen verfügbaren Erkenntnissen nicht der Reform der gymnasialen Oberstufe und der Einrichtung von Gesamtschulen anzulasten. Sie haben vielmehr bereits eine lange Tradition, die in der historischen Entwicklung der Fremdsprachendidaktik begründet liegt. Neues praxisorientiertes Nachdenken in der Sprachwissenschaft über den Sprachunterricht selbst wird erforderlich, wenn Verbesserungen konkret angestrebt werden sollen. Durch Rückschritte in der Bildungspolitik kann dem hier vorfindlichen Nachholbedarf nicht beigegeben werden. Wenn der Fremdsprachenunterricht in der Bundesrepublik statt dessen die ihm bisher zugewiesene Auslesefunktion einbüßen würde, wenn also der Bezug zum Verwendungszweck von Fremdsprachenkenntnissen gestaltendes Kriterium für Fremdsprachenunterricht würde, dann wäre der Weg zu den ersehnten Verbesserungen beschritten.

Im Zeitalter der miniaturisierten Rechenmaschinen und der erschwinglichen Kleincomputer muß auch der von Philologen- und Hochschulverband im gleichen Zusammenhang angesprochene Mathematikunterricht neu überdacht werden. Die Bundesrepublik droht hier den Anschluß zu verlieren. Das liegt nicht daran, daß einer großen Zahl von Schülern die mathematische Allgemeinbildung fehlt, sondern eher am theoretisch-systematischen Scheuklappendenken der Wissenschaft, die auch für die Lehrerausbildung auf diesem Gebiet verantwortlich ist.

Den Unterricht von Kernfächern, also den Fächern Deutsch, Mathematik, Geschichte, den Fremdsprachen den Naturwissenschaften und einem musischen Fach bis in die Nähe des Abiturs kann man ja durchaus diskutieren. Nur drängt sich bei Vorschlägen dieser Art der Verdacht auf, daß damit diese Fächer eine Auslesefunktion erhalten sollen, die sie sonst nicht hätten. Mit den Vorschlägen der beiden Verbände soll dem Unkundigen weisgemacht werden, daß diese Fächer in der gymnasialen Oberstufe überhaupt nicht mehr unterrichtet werden. Es spricht nach wie vor vieles dafür, daß eine Schwerpunktbildung unter diesen Fächern sinnvoller ist als der Unterricht in allen Fächern.

Als Hintergrund schimmert bei den Vorschlägen der beiden Verbände durch, daß sie das Abitur ausschließlich als Einstieg in das Hochschulstudium ansehen. Wenn es nach ihnen ginge, sollen verschärfte Abituranforderungen die Zahl der Studenten verringern, damit weniger Hochschulabsolventen die Konkurrenz um Akademiker-Arbeitsplätze vermindern. Dafür vernachlässigen die Verbände alle anderen gesellschaftlichen Überlegungen. Sozialdemokratische Bildungspolitik kann nicht darin bestehen, den Auslesecharakter unseres Schulsystems erneut zu beleben und dabei die Ausweitung der Bildungschancen aufs Spiel zu setzen.

(-/22.7.1981/vo-he/hgs)



Die Katastrophe ist vorhersehbar

Das Elend der afghanischen Flüchtlinge geht uns alle an

Von Volker Neumann MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Flüchtlingsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Zahlen der Flüchtlinge aus Afghanistan erhöhen sich dramatisch. Nach der sowjetischen Invasion sind von dem 17-Millionen-Volk etwa eine Million Flüchtlinge in den Iran und 2,2 Millionen nach Pakistan geflohen. Täglich kommen weitere 2.000 Flüchtlinge an.

Mit der bisher größten Hilfsaktion des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und vieler Hilfsorganisationen konnte erreicht werden, daß trotz des raschen Anstiegs der Flüchtlingszahlen 1980 und 1981 eine Katastrophe vermieden wurde. Anders als in Somalia und Kambodscha gab es bisher keine Hungertoten und auch Seuchen konnten in den großen Flüchtlingscamps bisher vermieden werden. Sorge bereitet aber, daß über die Lage der Flüchtlinge im Iran und die Lage der Bevölkerung in den unkämpften Gebieten Afghanistans wenig bekannt ist. Das internationale Rote Kreuz hat Afghanistan verlassen müssen. Trotz der aus religiösen, verwandtschaftlichen und politischen Gründen von Pakistan gern gewährten Gastfreundschaft gegenüber den afghanischen Flüchtlingen, ist erkennbar, daß die Belastung bald die Kräfte des Landes übersteigen wird. In manchen Regionen des Landes übertrifft die Zahl der Flüchtlinge bereits die Zahl der einheimischen Bevölkerung. Konflikte sind daher vorprogrammiert. Wenn die Welt den internationalen und nationalen Hilfsorganisationen nicht beisteht, ist die Katastrophe vorhersehbar. Schon jetzt muß die Planung Nahrungsmittelhilfe und Transportkapazitäten für eine Zahl von drei Millionen Flüchtlingen vorsehen. Auch die medizinische Versorgung muß erheblich verbessert werden, wenn die Seuchengefahr ausgeschlossen werden soll. Schon jetzt bereitet die Versorgung der Flüchtlinge mit Wasser und Brennmaterial ernste Probleme. Holz ist in manchen Gebieten nicht mehr vorhanden. Die Flüchtlinge sind von dem Willen beseelt, möglichst bald wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Ob und wann dies erfolgen kann, muß angesichts der in sich zerstrittenen und verfeindeten Gruppen der afghanischen Widerstandskämpfer, die von den halbautonomen Gebieten aus an der afghanischen Grenze operieren, skeptisch beurteilt werden. Die Flüchtlingshilfe muß sich darauf einstellen.

(-/22.7.1981/ks/hgs)

+ + +



Ein überaus bösartiges Bild

Vom Verfassungsverständnis des FAZ-Kolumnisten Dolf Sternberger

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Aus der kampagneartigen Woge von Anfeindungen, die seit der Moskau-Reise Willy Brandts und Hans-Jürgen Wischnewskis gegen den SPD-Vorsitzenden anbrandet, und die gelegentlich von der Sorge getrieben scheint, es könne den Sozialdemokraten in Partei, Regierung und Koalition doch gelingen, einen Verhandlungsweg aus dem Teufelskreis des Wettrüstens zu finden, sticht ein Beitrag hervor. Er erschien in der FAZ, die in jener Kampagne die auch unter journalistischen Kriterien am wenigsten zimmerliche Rolle spielt. Der Beitrag wird deshalb erst durch seinen Autor bemerkenswert. Es ist Dolf Sternberger, Jaspers-Schüler und inzwischen emeritierter Politologe, Verfassungswissenschaftler und "geistreicher Essayist", wie ihn das Munzinger-Archiv nennt.

Sternbergers FAZ-Kolumne war "Ein Staats-Tumor" überschrieben. Sie enthielt nach der banalen Feststellung, daß Willy Brandt als Parteivorsitzender und ohne Regierungsamt nach Moskau gereist sei, diese Passage: "Er steht neben der Regierung. Und er wirkt, zeitweilig, wie eine Nebenregierung. Eine Nebenregierung gleicht einem Tumor im Gehirn des Staates".

Das ist ein überaus bösartiges Bild. Der Leser muß es mit einem schlimmen Krankheits-herd assoziieren, der - wenn überhaupt - nur mit Messer und Feuer aus dem Körper entfernt werden kann. Womit im übertragenen Sinne des Kolumnisten nur der Staats- und Volkskörper gemeint sein kann.

Dolf Sternberger, man erinnert sich, war Mitautor des "Wörterbuch des Unmenschen", das gegen Ende der 50er Jahre erschien und davor warnen wollte, daß hierzulande die Sprache des Dritten Reiches unbedacht weiterverwendet werde. Ist es denkbar, daß derselbe Sternberger heute vergessen hat, wie man einst Geschwüre und Eiterherde am Volkskörper ausmachte und - ausmerzte, so daß er nun scheinbar ungehemmt in ein derart nazihaftes Bild zurückverfallen konnte? Eine schockierende Entgleisung!

Sie wird eher noch verstärkt durch den abgemagerten Parteienbegriff, mit dem Sternberger den SPD-Vorsitzenden auszugrenzen versucht. Seine Ansicht, die politischen Parteien seien "wesentlich dazu da, Personen für die Staatsämter vorzuschlagen" und ansonsten höchstens unverbindliche "Pläne" zu machen, ist glatt grundgesetzwidrig. Er würde jedenfalls selbst unter den konservativsten kaum einen Verfassungsjuristen auftreiben, der ihm bestätigte, daß der Artikel 21 des Grundgesetzes ("Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit") nicht sehr viel mehr meint als die Teilhabe politischer Parteien an Wahlveranstaltungen.

Der liberale Verfassungsrechtler Ingo von Münch beispielsweise nennt den Artikel 21 "eine der wichtigsten Bestimmungen des Grundgesetzes" und "eine Grundnorm für das politische Leben in der Bundesrepublik überhaupt". Politische Parteien müßten den Hauptzweck ihrer Tätigkeit von Verfassungs wegen in der Einflußnahme auf die politische Willensbildung sehen. Und das Bundesverfassungsgerichtsurteil, die Parteien seien als frei gebildete, im gesellschaftlich-politischen Bereich wurzelnde Gruppen dazu "berufen, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken und in den Bereich der institutionalisierten Staatlichkeit hineinzuwirken". Das genau macht einen wesentlichen Unterschied zu früheren deutschen Verfassungen und erst recht zur Un-Verfassung der NS-Zeit aus. Alles vergessen?

Die Bonner Opposition hat für ihre Attacken gegen Willy Brandt und Helmut Schmidt den "Neben-Kanzler" und die "Neben-Regierung" erfunden, gelegentlich auch noch den "Neben-Außenminister". Dolf Sternberger hat sich hergegeben, die Ideologie dazu zu liefern. Doch das ist auf eine erschütternde Weise ins eigene Auge gegangen.

(-/22.7.1981/ks/hgs)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

Unrealistische Vorschläge zur Innerdeutschen Politik

Von Hans Büchler MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Innerdeutsche Beziehungen der SPD-Bundestagsfraktion

Auf seiner Pressekonferenz hat der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Opposition, Peter Lorenz, nun schon in der Tradition einiger seiner Vorgänger versucht, mit einem Berg vermeintlicher Initiativen die völlig negative Haltung der CDU/CSU-Führung zur Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition zu verdecken.

Die von Peter Lorenz zu Papier gebrachten Initiativen erinnern fatal an von Barzel und Kohl entwickelte Stufenpläne und Zwangskataloge.

Lorenz' Vorschläge sind im großen und ganzen unrealistisch. Dort, wo sie durchaus überlegenswert scheinen, sind sie gekennzeichnet durch die Überschätzung der politischen und ökonomischen Positionen der Bundesrepublik gegenüber der DDR. Die gescheiterten Linkage-Versuche der USA mit der Sowjetunion - die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern politisch zu konditionieren - sollten Herrn Lorenz eine Mahnung sein.

Ob die DDR überhaupt gewillt ist, den besonderen Status des Innerdeutschen Handels in der Europäischen Gemeinschaft mit anderen Fragen zu verknüpfen, ist mehr als fraglich.

Sehr sonderbar finden wir es, daß Peter Lorenz als Berliner Abgeordneter wie schon mit der Großen Anfrage der Opposition zur Deutschlandpolitik nun auch hier wieder einmal die doch für alle offensichtliche Berlin-spezifische Bedeutung des Innerdeutschen Handels außer acht läßt.

Die Ausweitung des Begriffs "vertrauensbildende Maßnahmen" von der sehr begrenzten Ebene des Militärischen auch auf rein zivile, kulturelle und humanitäre Maßnahmen bewertet die SPD-Bundestagsfraktion als positiven Ansatz; ebenfalls die von Peter Lorenz vorgeschlagene Ausklammerung ungelöster grundsätzlicher Fragen bei der Regelung praktischer Probleme zum Beispiel im Bereich der innerdeutschen Grenze, der Elbe und des Umweltschutzes.

Da einige seiner Gedankengänge, wie beispielsweise die nach Lorenz denkbare Möglichkeit bilateraler Abrüstungsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und einzelnen europäischen Staaten ganz und gar nicht der politischen Linie der Unionsführung gerecht werden, haben wir berechtigte Zweifel, daß die Denkansätze einen längeren Zeitabschnitt überdauern werden.

(-/22.7.1981/hf/hgs)

